

Rückschau 2018: „Auferstanden aus Ruinen ... und der Zukunft zugewandt“¹

Für die DDR, deren Hymne die Überschrift unseres Resümees entnommen ist, kann allein die erste Zeile Gültigkeit beanspruchen; der Zukunft zugewandt war dieses Gemeinwesen wohl kaum. Das unterscheidet es aber in besonderer Weise vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung, das ähnlich wie die DDR aus Trümmern wiederaufgebaut wurde,² dessen Geschichte aber einen ganz anderen, zukunftssträchtigen Verlauf genommen hat. Davon war im Vorausgehenden die Rede.

Die Vorgeschichte des Instituts, zunächst noch unter den Fittichen des IfK bzw. des DIW in Berlin, hat den schweren Rückschlag, den die Arbeit des Hauses durch den Zweiten Weltkrieg erfahren würde, wohl kaum erahnen lassen. Ganz im Gegenteil muss die Begründung einer Abteilung Westen des DIW und deren Verselbständigung im Jahre 1943 als ein großer Erfolg bewertet werden. Auf Initiative der Ruhrindustrie und der Stadt Essen war es doch bereits 1926 gelungen, das DIW zu veranlassen, im Westen des Reiches eine zunächst noch bescheidene Zweigstelle zu errichten, um Zahlen für die Konjunkturbeobachtung in diesem für die Gesamtwirtschaft so bedeutenden Industrierevier zu sammeln und aufzubereiten. Zugleich stellte die Gründung der Abteilung Westen einen bemerkenswerten Erfolg der maßgeblichen Kreise des Reviers in ihrem langjährigen Bemühen dar, der kulturellen Ödnis des Reviers etwas wissenschaftlichen Glanz zu verleihen. Dies gelang **Walther Däbritz**, der das Haus zunächst mit wenigen Mitarbeitern im Nebenamt führte, obwohl die Anfänge noch äußerst bescheiden anmuteten. Das sollte mit der Weiterentwicklung zum eigenständigen Institut wohl anders werden, doch der Kriegsausgang setzte allen Plänen dieser Art ein vorläufiges Ende.

Begonnen hatte alles im Aufschwung der Konjunkturforschung in Deutschland in den 1920er Jahren, der eng mit dem Namen **Ernst Wagemann** verknüpft ist. Dieser hatte sowohl als Präsident des Statistischen Reichsamts (StRA) als auch als Leiter des von ihm gegründeten Instituts für Konjunkturforschung (IfK) in Berlin die entscheidenden Impulse gegeben. Die Abteilung Westen war die erste Außenstelle: Im vergrößerten Reichsgebiet unter dem Nationalsozialismus und selbst in den besetzten Ländern wurden später weitere Tochterinstitute des IfK bzw. des DIW errichtet. Im Westen folgte man in den durchaus eigenständigen *Konjunkturberichten* für den

¹ Diese beiden Zeilen entstammen der DDR-Nationalhymne, die 1949 von Johannes R. Becher gedichtet und von Hanns Eisler komponiert wurde. Die Hymne wurde aber seit ca. 1972 in der DDR nur noch ohne Text gespielt, weil in der 4. Zeile der ersten Strophe von „Deutschland einig Vaterland“ die Rede war. Genaueres: https://de.wikipedia.org/wiki/Auferstanden_aus_Ruinen [zuletzt abgerufen am 14.12.2017].

² Toni Pierenkemper, *Auferstanden aus Ruinen*. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung 1945 – 1950, in: *Wissenschaftsgeschichte des Ruhrgebiets*, im Erscheinen.

rheinisch-westfälischen Industriebezirk zunächst dem Programm des Mutterinstituts und stellte dem IfK vor allem konjunkturstatistisches Material der Montanindustrie des Reviers zur Verfügung. Nach der Machtergreifung Hitlers und der Reorganisation der deutschen Wirtschaft unter dem NS-Regime in Richtung einer „gelenkten“ Staatswirtschaft erübrigte sich das Thema Konjunkturforschung weitestgehend und die Bedürfnisse einer staatlich dominierten Wirtschaft rückten in den Vordergrund – eine Entwicklung, die auch in der Umbenennung des Berliner Instituts für Konjunkturforschung in Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ihren Ausdruck fand. Forschungen für die Kriegsvorbereitung und nach 1939 für die Kriegswirtschaft ersetzten die ursprünglichen Projekte. Das galt ebenso für die „Abteilung Westen“ bzw. ab 1943 für das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen.

Am Ende des Krieges lag nicht nur das Essener Gebäude in Trümmern, sondern auch die Arbeit im Hause war weitgehend zum Erliegen gekommen. Doch schon bald ergriff Walther Däbritz erneut die Initiative, schuf ein Ersatzgebäude in Essen, mobilisierte alte und fand neue Mitarbeiter und initiierte neue Forschungsprojekte, obwohl er, bedingt durch seine NS-Vergangenheit, zunächst noch in seinem Wirken behindert war. **Bruno Kuske**, Ordinarius für Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftsgeografie an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, trat ihm in dieser Zeit als Präsident des RWI hilfreich an die Seite. Doch setzten die Zeitumstände, geprägt durch Mangelernährung, Wohnungsnot und den Zusammenbruch der Verkehrsinfrastruktur, einer gedeihlichen wissenschaftlichen Arbeit noch enge Grenzen. Neue Daten konnten ebenfalls kaum mobilisiert werden, sodass das Institut in seiner wissenschaftlichen Arbeit überwiegend noch auf Vorkriegsdaten zurückgreifen musste. Dennoch gelang es den Mitarbeitern, erste beachtliche Arbeiten vorzustellen, die gerade in ihrem regionalwissenschaftlichen Schwerpunkt eine Grundlage für die Neugliederung der britischen Besatzungszone und die Begründung der neuen Länder der künftigen Bundesrepublik liefern konnten. Auch für die Beurteilung der Demontagen in der Montanindustrie des Ruhrgebiets wurden wichtige Daten vorgelegt.

Die Währungsreform vom Juni 1948 bildete auch in der Entwicklung des RWI eine entscheidende Zäsur. Das Institut musste nicht nur eine neue Grundlage zur Finanzierung seiner Arbeit finden, sondern es galt auch, die institutionelle Basis neu zu festigen. Beides gelang, indem eine Trägergesellschaft als Verein gegründet wurde, dessen Mitglieder durch Beiträge den Etat des Hauses sicherstellten. Im Laufe der Jahre schaffte es Däbritz überdies, das Land Nordrhein-Westfalen und später auch den Bund an der Finanzierung zu beteiligen, sodass bis heute etwa zwei Drittel des Etats aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt werden. Damit war die Existenz des RWI gesichert und das Institut konnte am Aufschwung von Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik teilhaben und seinen Beitrag dazu leisten.

In der folgenden Entwicklung des Instituts während der nächsten Dekaden spiegelt sich naturgemäß auch die Geschichte der Bundesrepublik. Bis etwa 1952 waren es vor allem die Behebung der Nöte in der Zusammenbruchsgesellschaft nach

1945, welche die Arbeit des Institutes bestimmten. Dazu zählten neben der Neugliederung des Staates und seiner Verwaltung Fragen der Flüchtlings- und Bevölkerungspolitik, Demontagen und Reparationen, Entflechtung und Reorganisation der Ruhrkonzerne und insbesondere die Probleme des Wiederaufbaus und der Wiedereingangssetzung der Produktion in Deutschland. Nach der Gründung der Bundesrepublik traten weitere, auch zukunftsbezogene Aufgaben hinzu: die Währungs- und Außenwirtschaftsordnung, die Regulierung der Auslandsschulden und der Aufbau eines internationalen Zahlungssystems sowie die Möglichkeiten der Erlangung internationaler Wirtschaftshilfe oder einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas (Montanunion).

Beginnend im „Wirtschaftswunderland“ oder im großen Boom seit den 1950er Jahren normalisierte sich die Arbeit im Institut allmählich und Walther Däbritz zog sich altersbedingt aus der Arbeit zurück. **Theodor Wessels**, wiederum ein Kölner Ordinarius, und **Wilhelm Bauer**, aus dem Hause, ersetzten den bisherigen Präsidenten und den wissenschaftlichen Leiter. Neue Arbeitsbereiche, wie die Handwerks- und Verbrauchsforschung und das Stahlarchiv, wurden erschlossen, neue Kooperationsformen, wie die Zusammenarbeit der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute bei der Erstellung einer gemeinschaftlichen Konjunkturdiagnose und die Mitarbeit führender Forscher des Hauses im neu gegründeten Sachverständigenrat, wurden erprobt und auch neue Arbeitsverfahren, z. B. in der Input-Output-Analyse und bei der Strukturberichterstattung, kamen zur Anwendung. Alles in allem eine fruchtbare Zeit, die allerdings überschattet wurde von der immer weiter um sich greifenden Kohlenkrise und einer gut ein Jahrzehnt später folgenden Stahlkrise, welche die industrielle Basis des Ruhrreviers bedrohten.

Die 68er-Revolution ging auch am RWI nicht spurlos vorüber, denn nach Theodor Wessels' Ausscheiden aus dem Präsidentenamt kam es im Haus zu einer „Palastrevolution“, in deren Folge ein „Triumvirat“ aus drei Mitarbeitern³ die kollektive Führung des Hauses übernahm. Doch diese Abwendung des Instituts von einer Rückkopplung an die universitäre Wissenschaft ist der Arbeit im Hause offenbar nicht gut bekommen: Die einzelnen Teile verselbständigten sich und im Ergebnis wurde ein „Skandalgutachten“ der Strukturabteilung auf methodisch fragwürdiger Basis mit einer eindeutigen wirtschaftspolitischen Empfehlung veröffentlicht, das der bisher vertretenen Linie des Hauses diametral widersprach. Auch die Evaluation des RWI durch den Wissenschaftsrat kam hinsichtlich der Qualität der Forschung zu einem negativen Votum, sodass sogar die Schließung des Instituts drohte. Dringende Abhilfe schienen geboten.

Der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats, **Hans Karl Schneider**, auch dieser Ordinarius der Universität zu Köln, fand sich als „Notnagel“ bereit, für eine

³ Es handelte sich dabei um Gregor Winkelmeier, der die Geschäftsführung übernahm, Bernhard Filusch, zuständig für die Konjunkturabteilung, und um Dr. Willi Lamberts, der die Strukturabteilung führte.

überschaubare Zeit das Institut zu führen, bis es in ruhigere Fahrwasser geleitet war. Doch die Reorganisation im Hause und die Gewinnung einer neuen Führungsspitze gestalteten sich schwieriger als angenommen. Erst mit dem Amtsantritt von **Paul Klemmer**, einem Umwelt- und Ressourcenökonom der benachbarten Ruhr-Universität Bochum (RUB), konnte ein neuer Anfang gemacht werden. Aus dem RWI selbst trat **Ullrich Heilemann** dem Präsidenten als ein zweites Vorstandsmitglied an die Seite. Die Neuausrichtung des Hauses wurde auch in einigen neuen Aufgabefeldern deutlich, wie etwa Globalisierungsfragen und Probleme der Ressourcen- und Umweltökonomie, die dem Zeitgeist entsprachen und die wissenschaftliche Orientierung der leitenden Personen spiegelten. Doch völlige Ruhe konnte in der Arbeit des RWI immer noch nicht vermeldet werden, weil ein Steuerskandal, der noch in die Zeit des „Triumvirats“ zurückwies, erneut Unruhe verbreitete.

Dieser Skandal war auch noch nicht ausgeräumt, als Paul Klemmer altersbedingt aus dem Präsidentenamt ausschied und mit **Christoph M. Schmidt** als neuem Präsidenten zur Jahrtausendwende ein neues Kapitel in der Geschichte des RWI aufgeschlagen wurde. Ihm gelang es nicht nur, unterstützt durch seine Vorstandskollegen **Thomas K. Bauer** und **Wim Kösters**, die Altlasten im Hause zu beseitigen, sondern eine gänzlich neue, zukunftsweisende Perspektive für das RWI zu entwickeln. Im Jubiläumsjahr trat dabei **Stefan Rumpf** als Administrativer Vorstand an die Stelle von Wim Kösters, der termingemäß aus diesem Gremium ausgeschieden war. Bereits 2016 war der Institutsname in RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung geändert worden. Als neue Arbeitsschwerpunkte zeichnen sich Reformen am Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen sowie Forschungen zum Finanzsystem ab, eben: **research with impact**, das neue RWI!